

# Landtagsabgeordnete Jenny Groß setzt sich für die Schülergenossenschaft ein – neues Umsatzsteuergesetz könnte Schließung bedeuten



Große Gefahr droht vielen Schülerfirmen und damit auch unserer Schülergenossenschaft in öffentlich-rechtlicher sowie kirchlicher Trägerschaft. Grund dafür ist eine Änderung im Umsatzsteuergesetz ab 2023.

Der Genossenschaftsverband - Verband der Regionen e.V. hat deshalb seit 2020 bei verschiedenen Bundes- und Landesministerien sowie der Kultusministerkonferenz eindringlich auf die Gefahr für Schülerfirmen hingewiesen und steuerrechtliche Lösungsvorschläge vorgelegt. **Bislang leider ohne Erfolg.**

## Noch ist es nicht zu spät!

Die Übergangsfrist der Gesetzesänderung läuft zum 01.01.2023 ab. Damit endlich Bewegung in die Politik kommt und somit Planungssicherheit für die Schulen, brauchen wir jetzt Eure und Ihre Mitwirkung, um kurzfristig in der lokalen Presse und Politik vor Ort die Aufmerksamkeit zu erreichen, die das Thema verdient. Denn frei nach dem Genossenschaftsgedanken gilt auch jetzt: Was einer nicht schafft, das schaffen viele!



Dazu trafen wir uns vergangene Woche mit der Landtagsabgeordneten Jenny Groß, die sich unsere Sorgen anhörte und sich für uns im Landtag stark machen möchte! Wir danken ihr schon jetzt für die engagierte Unterstützung!